

No, he couldn't

Mit Barack Obama verbanden die Afroamerikaner große Erwartungen: Er sollte sein Land aus dem Rassismus herausführen. Doch das historische Erbe war stärker **VON MANFRED BERG**

Amerikas Wähler hatten Geschichte geschrieben. Das gab selbst der Verlierer zu. »Dies ist eine historische Wahl, gerade für Afroamerikaner, die heute ganz besonders stolz sein dürfen«, erklärte er in der Präsidentschaftswahl unterlegene Kandidat der Republikaner John McCain am Abend des 4. November 2008. Da war Barack Obama gerade zum 44. Präsidenten der USA gewählt worden. Dessen Anhänger übten sich erst recht nicht in Zurückhaltung. Henry Louis Gates, einer der prominentesten schwarzen Intellektuellen, feierte Obamas Wahlsieg als »magischen Augenblick«, in dem sich der »kollektive Traum des schwarzen Freiheitenskampfes« erfüllte.

Schon bald nach Obamas Amtseinführung erfuhr Gates jedoch am eigenen Leib, dass die alten Gewohnheiten keineswegs verschwunden waren. Als der Harvard-Professor das beschädigte Schloss seines eigenen Hauses aufzubrechen versuchte, wurde er rüde von einem weißen Polizisten festgenommen. Der mit Gates befreundete Präsident äußerte den Verdacht, Gates sei wegen seiner Hautfarbe ins Visier der Polizei geraten, und warf ihr »Dummheit« vor. Daraufhin brach ein Sturm der Entrüstung los, Obama ruderte zurück und bescheinigte nun auch Gates eine »Überreaktion«. Die kleine Kontroverse wurde schließlich Ende Juli 2009 jovial beigelegt, als der Präsident Gates und den beteiligten Polizisten auf ein Bier ins Weiße Haus einlud.

Und doch war die harmlose Affäre nur der Auftakt für zahlreiche weitere »Zwischenfälle«, die weniger glimpflich verliefen. Vor allem während Obamas zweiter Amtszeit hat tödliche Polizeigewalt gegen Schwarze eine heftige Diskussion über Rassismus in den US-Institutionen und wütende Proteste unter der schwarzen Minderheit entfacht. Vor wenigen Wochen, Anfang Juli, erreichte die Eskalation eine neue Stufe. Nachdem in Minnesota und Louisiana erneut Schwarze bei Polizeieinsätzen getötet worden waren, erschoss ein afroamerikanischer Veteran am Rande einer Protestdemonstration in Dallas, Texas, aus Rache fünf weiße Polizisten.

Um die Lage zu beruhigen, lud Obama sofort Vertreter der Polizei und der Protestbewegung Black Lives Matter (»Das Leben Schwarzer zählt«) zu einem Krisengespräch. Doch sein Fazit des Treffens klang alles andere als zuversichtlich: »Die Wurzeln der Probleme reichen nicht Jahrzehnte, sondern Jahrhunderte zurück.« Amerika müsse jetzt in einem langwierigen Prozess Vertrauen aufbauen. »Ehrlich gesagt«, so lautete Obamas Prognose, »die Spannungen werden vorerst zunehmen, diesen Monat, nächsten Monat, nächstes Jahr, noch für eine ganze Weile.«

Die anfängliche Euphorie über den Einzug des ersten Afroamerikaners ins Weiße Haus ist in weiten Teilen der Black Community längst einer tiefen Enttäuschung gewichen. Nachdem im August 2014 ein weißer Polizist in Ferguson, Missouri, einen unbewaffneten jungen Schwarzen erschossen hatte und ohne Anklage davongekommen war, erklärte der afroamerikanische Theologe und Bürgerrechtler Cornel West: »Ferguson bedeutet das Ende der Ära Obama, und es ist ein sehr trauriges Ende.« Zahlreiche Kritiker werfen dem Präsidenten inzwischen vor, nichts gegen den Rassismus von Polizei und Strafjustiz zu tun. Die Lage der Afroamerikaner sei heute nicht besser als Ende der sechziger Jahre.

Nach den Bürgerrechtsreformen Mitte des Jahrzehnts, die zur Aufhebung der Rassentrennung, zu einem allgemeinen Diskriminierungsverbot und zur landesweiten Durchsetzung des afroamerikanischen Wahlrechts geführt hatten, waren die Hoffnungen

auf schnelle Verbesserungen rasch in Frustration und Gewalt umgekippt. Schwere Rassenunruhen erschütterten damals die USA.

Niemand kann ernsthaft bestreiten, dass sich seit der Abschaffung des Jim-Crow-Systems, wie die rassistische Kastenordnung vor der Bürgerrechts-Ära der Fünfziger und Sechziger im Volksmund hieß, die Situation der schwarzen Minderheit verbessert hat. Die Zeiten, als Schwarze nicht mit Weißen in denselben Restaurants essen und in denselben Eisenbahnwaggons sitzen durften, als Schulen und Universitäten segregiert waren und Schwarzen der soziale Aufstieg systematisch verwehrt wurde, sind lange vorbei.

Auch Obama verdankt seine glänzende Karriere der von der Bürgerrechtsbewegung erkämpften Öffnung der Gesellschaft, die ihm das Studium an der Columbia-Universität und in Harvard ermöglichte. Obwohl der 1961 als Sohn einer weißen Amerikanerin und eines kenianischen Studenten auf Hawaii geborene und in Indonesien aufgewachsene Barack Obama keine »typische« afroamerikanische Familiengeschichte hat, identifiziert er sich als Jugendlicher mit der schwarzen Kultur und Geschichte und sah Radikale wie Malcolm X und die Black-Power-Aktivistinnen als Vorbilder. Als Student und später als Jurist an der Universität von Chicago war Obama als Sozialarbeiter und Bürgerrechtler aktiv.

Der ehrgeizige junge Mann erkannte schnell, dass schwarze Politiker, die auch weiße Wähler gewinnen wollen, nicht als radikale *nace men* in der Black-Power-Tradition auftreten dürfen, sondern sich Versöhnung und nationale Einheit auf die Fahnen schreiben müssen. 2004 wurde er im überwiegend weißen Bundesstaat Illinois zum Senator gewählt, weil er sich als Kandidat präsentierte, der die alten Gräben überwinden konnte. Im selben Jahr proklamierte er auf dem Parteitag der Demokraten beinahe schon wie ein Präsidentschaftskandidat: »Es gibt kein liberales und kein konservatives Amerika, kein schwarzes, kein weißes, kein Latino- und kein asiatisches Amerika. Es gibt nur die Vereinigten Staaten von Amerika!«

Spätestens im Wahlkampf 2008 machte Obama jedoch die Erfahrung, dass schwarze Politiker in Amerika immer im Verdacht stehen, Klientelpolitik auf Kosten der weißen Mehrheit zu machen. Beinahe wäre er als Radikaler abgestempelt worden, weil er während seiner Zeit in Chicago der Kirche von Pastor Jeremiah Wright angehörte. Der Priester hatte, das zeigten wieder ausgekramte Predigten, die Afroamerikaner aufgerufen, anstatt des patriotischen *God Bless America* besser *God Damn America* zu singen. In einer brillanten Rede distanzierte sich Obama zwar von Wrights Tiraden, insistierte aber darauf, dessen Fehler sei nicht, dass er über den Rassismus in Amerika gesprochen habe, sondern dass er den Fortschritt leugne, den das Land gemacht habe. Geschickt inszenierte sich Obama als Verkörperung eines multiethnischen Amerikas, in dem »deine Träume nicht auf Kosten meiner Träume gehen, in dem Investitionen in die Gesundheit und Bildung schwarzer, brauner und weißer Kinder allen Amerikanern nützen.«

Konkrete Versprechen machte Obama der Black Community jedoch nicht. Seine oberste Priorität als Präsident war notgedrungen die Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ein Konjunkturprogramm, Investitionen in Infrastruktur und Bildung, Steuersenkungen für Normalverdiener und die Erhöhung des Mindestlohnes sollten das Wachstum ankurbeln. Das Kernstück seiner sozialpolitischen Reform-Agenda bildete die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung.

Obamas Strategie fügte sich in die Tradition des von Präsident Franklin D. Roosevelt 1933 begründeten New-Deal-Liberalismus. Der basierte über

Jahrzehnte auf der Prämisse, dass die gemeinsamen ökonomischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung Vorrang vor den Sonderinteressen von Minderheiten hatten. Auch Präsident Lyndon B. Johnsons »Krieg gegen die Armut« in den sechziger Jahren, der zu einem deutlichen Absinken der afroamerikanischen Armutsquote beitrug, wurde als »farbenblinde« Politik verkauft.

Obama selbst ist stark durch die Thesen William Julius Wilsons beeinflusst worden. Dem Soziologen zufolge wird die soziale Lage der Afroamerikaner nicht mehr von Rassenschranken bestimmt, sondern primär durch den Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Während die schwarze Mittelklasse profitierte, traf die Deindustrialisierung die schwarze Arbeiterklasse mit voller Wucht.

Doch die Entstehung einer vitalen schwarzen Mittelschicht hat nichts an der eklatanten sozialen Ungleichheit zwischen schwarzen und weißen Amerikanern geändert. Die Vermögensunterschiede zwischen ihnen sind laut einer Studie der US-Bundesbank in den vergangenen 25 Jahren nahezu konstant geblieben. Noch immer verfügen weiße Familien über ein mehr als zehnfach höheres Vermögen als schwarze. Umgekehrt leben laut Statistik seit über einem halben Jahrhundert etwa doppelt so viele Afroamerikaner in Armut wie der Durchschnitt der Bevölkerung. Nicht anders sieht das Verhältnis bei der Arbeitslosigkeit aus. Immerhin haben auch die Afroamerikaner von der erfolgreichen Wachstumspolitik der Obama-Administration profitiert. Mitte 2015 fiel die Arbeitslosenquote der schwarzen Arbeitnehmer erstmals wieder unter die 10-Prozent-Marke, gegenüber fast 17 Prozent Anfang 2010.

Die Wut über die krasse soziale Ungleichheit und das Ende des Versprechens vom Aufstieg durch harte Arbeit hat längst auch Amerikas weiße Mittelschichten erfasst. Die linke Hoffnung auf breite Mehrheiten für eine progressive Umverteilungspolitik ist aber seit den sechziger Jahren immer wieder an ethnischen und kulturellen Konflikten zerschellt. Die Konservativen, so lautet eine beliebte These, hätten gezielt Kulturkriege über Abtreibung, Schulgebet, Schwulen- und Minderheitenrechte inszeniert, um weiße Wähler von ihren ökonomischen Interessen abzulenken.

Viele Historiker erklären den Zerfall der New-Deal-Koalition auch damit, dass sich die weiße Arbeiter- und Mittelklasse wegen der Exzesse radikaler schwarzer Identitätspolitik und der extrem polarisierenden Minderheitenförderung, der Affirmative Action, von den Demokraten abgewendet habe. Seit Johnson im Jahre 1964 konnte kein demokratischer Präsidentschaftskandidat mehr eine Mehrheit der weißen Wähler gewinnen. Obama verdankt seine Wahlsiege 2008 und 2012 der überwältigenden Unterstützung durch die zahlenmäßig immer weiter anwachsenden ethnischen Minderheiten und den Stimmen derjenigen rund 40 Prozent der weißen Wähler, die überdurchschnittlich gebildet und wohlhabend sind und einem großstädtischen Milieu entstammen.

Dennoch hat Obama immer um das Vertrauen der weißen Amerikaner geworben, die sich als Verlierer sehen, weil Minderheiten angeblich unfaire Vorteile genießen. Im Wahlkampf 2008 feierte er Ashley, eine junge weiße Frau aus dem ländlichen Süden, die nicht »faule Schwarze« und illegale Einwanderer für ihre Probleme verantwortlich machte,

sondern sich der Obama-Kampagne anschloss, um für mehr soziale Gerechtigkeit für alle Amerikaner zu kämpfen. Und sehr zum Verdruss vieler afroamerikanischer Intellektueller mahnte der Präsident, schwarze Jugendliche dürften Rassismus und soziale Ungleichheit nicht als Entschuldigung für eigenes Fehlverhalten vorschreiben. Gewiss, junge Afroamerikaner hätten ein höheres Risiko, inmitten von Armut, Drogen und Gewalt aufzuwachsen, konzidierte der Präsident 2009 in einer Rede vor der Bürgerrechtsorganisation NAACP: »Aber das ist kein Grund für schlechte Noten und kein Grund, die Schule zu schmeißen.«

Obamas schwarze Kritiker geißeln solche Mahnungen als Kotau vor dem weißen Mainstream. Doch Appelle an Selbstachtung und Eigenverantwortung haben in der Black Community eine lange Tradition. Zudem hat der Präsident ebenso deutliche Worte gefunden, um den Rassismus zu verurteilen und sich mit dessen Opfern zu solidarisieren. Als der 17-jährige Trayvon Martin im Februar 2012 in Florida von einem Mitglied der lokalen Bürgerwehr erschossen wurde und keine Anklage erhoben wurde, erklärte Obama, wenn er einen Sohn hätte, dann sähe er so aus wie Trayvon. 2015 brach er sogar ein Tabu, als er in einem Interview den Rassismus als Teil »unserer DNA« bezeichnete. »Wir sind noch lange nicht davon geheilt, und es reicht auch nicht, in der Öffentlichkeit das Wort Nigger zu vermeiden.«

Kritisch sieht der Präsident die hohe Inhaftierungsquote schwarzer Männer. Unter dem alten Jim-Crow-Regime war die Strafjustiz eines der wichtigsten Instrumente der Unterdrückung gewesen. Faire Verfahren sicherzustellen zählte daher zu den Hauptzielen der Bürgerrechtler. Die sechziger Jahre brachten jedoch nicht nur Reformen, sondern auch eine Welle der Gewaltkriminalität. In den letzten 50 Jahren ist die Inhaftierungsquote um mehr als 700 Prozent gestiegen. Afroamerikaner, etwa 13 Prozent der Gesamtbevölkerung, stellen knapp 40 Prozent der heute rund 2,3 Millionen Gefängnisinsassen und beinahe die Hälfte aller auf lebenslang Verurteilten.

Konservative erklären dies mit der hohen Verbrechensrate unter der Ghetto-Bevölkerung, immerhin begehnen Afroamerikaner statistisch gesehen achtmal häufiger einen Mord als Weiße. Kritiker sehen die Masseninhaftierung dagegen als systematische Diskriminierung von Minderheiten, ja als neue Form der Rassentrennung. Sie verweisen unter anderem auf den seit den siebziger Jahren geführten »Krieg gegen die Drogen« und das extrem unterschiedliche Strafmaß für den Besitz von Pulverkokain, der Lifestyle-

Präsident Obama und die Tradition eines langen Kampfes. Die Porträtreihe reicht von Martin Luther King bis zu Angela Davis, von Rosa Parks bis zu Malcolm X

BLACK LIVES MATTER.

Droge der weißen Oberschicht, und Crack-Kokain, der Droge des Ghettos.

Übersehen wird dabei, dass afroamerikanische Abgeordnete zunächst die Forderung nach härteren Strafen für den Verkauf von Crack unterstützten. Sie warfen der Justiz vor, das Problem in den Ghettos nicht ernst genug zu nehmen. Denn nicht nur Diskriminierung und weiße Polizeigewalt, sondern auch das Desinteresse an der Kriminalität innerhalb der afroamerikanischen Bevölkerung ist ein Erbe der Jim-Crow-Justiz. Damals galt für viele Polizisten der Grundsatz: »Wenn ein Nigger einen Nigger umbringt, gibt es einen Nigger weniger.« Dass schwarze Amerikaner ein sechsmal höheres Risiko als weiße haben, ermordet zu werden, und mehr als 90 Prozent aller afroamerikanischen Opfer schwarzen Tätern zum Opfer fallen, gehört auch zur gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Barack Obama hat recht: Amerikas Rassenkonflikte sind historisch tief verwurzelt, und schnelle Lösungen sind nicht in Sicht. Was kann zudem ein Präsident gegen strukturellen Rassismus tun? Welchen Einfluss hat er auf Polizei und Strafjustiz, die mit dem Erbe des Rassismus besonders belastet sind, aber weitgehend in die Kompetenzen der Bundesstaaten fallen? Kein Präsident hat sich mehr für die Bürgerrechte und die soziale Lage der schwarzen Bevölkerung eingesetzt als Lyndon B. Johnson in den sechziger Jahren. Und doch brannten am Ende seiner Amtszeit die Ghettos.

Der Autor lehrt Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg